



## LEHREN AUS DER PANDEMIE MIT EUROPA AUS DER KRISE

Wochen und Monate der Corona-Krise haben wie unter einem Brennglas offengelegt, wie wichtig eine gemeinsame europäische Politik ist. Handelt in Europa jeder Staat für sich, ist der Schaden für Wirtschaft und Gesellschaft unvermeidbar. Versucht die EU aber, sich auf ihre Stärken und eine gemeinsame Krisenbewältigung zu konzentrieren, sehen wir, was in Europa möglich ist: Nicht nur können sich Staaten und Bürger untereinander helfen, auch bei der Suche nach einem Impfstoff kommen wir schneller voran, wenn wir unsere Kräfte in Europa bündeln. Kurzum: Wir brauchen Europa, um aus der Krise zu kommen – und wir brauchen ein Europa, das so schnell wie möglich aus der Krise kommt.

### Geld allein wird nicht reichen

Dabei werden dreistellige Milliardensummen sicher eine zentrale Rolle spielen, gerade bei der Modernisierung der europäischen Volkswirtschaften und der Unterstützung der Staaten, die besonders unter der Corona-Krise leiden. Aber erstens sollten diese Mittel an klare Bedingungen geknüpft sein, damit sie nicht für Wahlgeschenke oder andere wenig nachhaltige Zwecke verwendet werden. Und zweitens: Geld allein wird nicht reichen, um Europa fit zu machen. Die EU braucht eine klare Strategie und den Mut zu Reformen, um die großen Herausforderungen auch abseits von Corona erfolgreich anzupacken.

### Klare Strategie und Mut zu Reformen

Besonders dringend ist eine neue Basis für das Verhältnis zwischen Brüssel und London. Öffentlich sehen wir derzeit eher einen Wettlauf in die Sackgasse als einen Weg nach vorn. Großbritannien ist zwar kein Mitglied der EU mehr, aber es muss ein wichtiger Partner für die EU27 bleiben. Außerdem hat die EU-Kommission sich auf die Fahne geschrieben, Europa bis 2050 klimaneutral aufzustellen. Dieser Ansatz darf jedoch nicht dazu führen, die Industrie in Europa durch eine Flut von Regulierungen im Wettbewerb mit anderen Regionen zurückzuwerfen. Darüber hinaus brauchen wir in Europa einen Masterplan, um die Chancen der Digitalisierung besser zu nutzen. Dazu gehört auch, die neue Flexibilität durch digitale Möglichkeiten nicht durch zusätzliche Bürokratie zu behindern. Unter dem Strich wird nur eine starke und wettbewerbsfähige Europäische Union ein Gegengewicht zu den Supermächten USA und China bilden können.

**"DIE EU BRAUCHT EINE KLARE STRATEGIE UND DEN MUT ZU REFORMEN, UM DIE GROßEN HERAUSFORDERUNGEN ERFOLGREICH ANZUPACKEN."**

Klaus-Peter Stiller  
BAVC-Hauptgeschäftsführer

**CORONA-APP: KLEINER BEITRAG, GROßE WIRKUNG** Seite 4



**WIR STEHEN ZUR DUALEN AUSBILDUNG** Seite 6





Quelle: Shutterstock 316768931

## DEUTSCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT EUROPA WIEDER STARK MACHEN

*Monatelang, wenn nicht sogar jahrelang, hatte sich Deutschland auf seine nächste sechsmonatige EU-Ratspräsidentschaft in Brüssel vorbereitet. Spätestens im März dieses Jahres war klar: Diese Präsidentschaft wird anders als geplant, aber nicht weniger ambitioniert – im Gegenteil. Die Covid-19-Pandemie stellt die Europäische Union vor nie dagewesene Herausforderungen. Hauptaufgabe des deutschen Ratsvorsitzes muss es nun sein, gemeinsam mit den anderen Mitgliedstaaten Lösungen zu finden, wie die EU rasch ihre wirtschaftliche Stärke und Wettbewerbsfähigkeit zurückgewinnen kann.*

### **Prioritäten der deutschen Ratspräsidentschaft**

Das Motto der deutschen Ratspräsidentschaft ist treffend formuliert: „Gemeinsam. Europa wieder stark machen.“ Zuallererst wird sich Deutschland dafür einsetzen, dass die Einschränkungen im Schengen-Raum koordiniert aufgehoben werden und wir zügig zu Normalität im Binnenmarkt zurückkehren können.

Diese Voraussetzung muss gegeben sein, damit sich die EU auf den Weg der wirtschaftlichen Erholung machen kann. Oberste Priorität der Deutschen wird auf der Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Covid-19-Pandemie liegen. Dabei wird der Europäische Grüne Deal weiterhin die Grundlage einer nachhaltigen Wachstumsstrategie bilden. Außerdem spielt die digitale Transformation eine zentrale Rolle.

### **750 Milliarden Euro Aufbauprogramm**

Die deutsche Ratspräsidentschaft steht vor der Herausforderung, im Rat einen Kompromiss zum Aufbauinstrument zu finden, das in den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 integriert und mit dem Europäischen Semester umgesetzt werden soll. 750 Milliarden Euro hatte die EU-Kommission für das Aufbauinstrument „Next Generation EU“ vorgeschlagen. Diese sollen in Form von Zuschüssen und Krediten an die Mitgliedstaaten fließen und sind zusätzlich zu den 1,1 Billionen Euro des vorgeschlagenen EU-Haushalts 2021-2027 zu verstehen.

Deutschland und Frankreich hatten sich im Vorfeld auf 500 Milliarden für das Aufbauinstrument geeinigt. Die EU-Kommission geht noch einmal deutlich darüber hinaus. Die Mittel des Aufbauinstruments sollen mobilisiert werden, indem die Eigenmittellobergrenze vorübergehend auf 2 Prozent des Bruttonationaleinkommens der EU angehoben wird, sodass die Kommission das Geld an den Finanzmärkten aufnehmen kann. Die Mittel würden frühestens 2028 und spätestens 2058 aus künftigen EU-Haushalten zurückgezahlt werden.



 **KONTAKT**



**ELISA HENSEL**

Europäische und internationale  
Sozialpolitik

[elisa.hensel@bavc.de](mailto:elisa.hensel@bavc.de)

Wir unterstützen ausdrücklich dieses Instrument der Solidarität, das mit der Kopplung an den Mehrjährigen Finanzrahmen intelligent gelöst wurde. Angesichts des Neulandes, das die EU mit dieser schuldenfinanzierten Unterstützung betritt, ist es jedoch zwingend erforderlich, das Aufbauinstrument zweckgebunden und zeitlich begrenzt einzusetzen.

## **Sozialpolitik – Business as usual**

Hinsichtlich der arbeitgeberrelevanten Gesetzesinitiativen haben sich im Zeitplan für dieses Jahr nur geringe Verschiebungen ergeben. Die deutsche Ratspräsidentschaft orientiert sich in ihrer Priorisierung in weiten Teilen am Arbeitsprogramm der EU-Kommission für 2020. Letzteres war zwar bedingt durch Corona im Mai überarbeitet worden, bringt aber kein Belastungsmoratorium für Unternehmen mit sich, das angesichts der aktuellen Lage angebracht wäre. Unter deutscher Ratspräsidentschaft ist weiterhin ein EU-Entgelttransparenzgesetz für Ende des Jahres geplant.

Auch ist die Debatte um einen europäischen Rahmen für Mindestlöhne weiterhin im Gange. Im Zuge der aktuell laufenden zweiten Konsultation müssen sich die europäischen Sozialpartner entscheiden, ob sie selbst über einen solchen Mindestlohnrahmen verhandeln wollen. Entscheiden sie sich dagegen, wird Beschäftigungskommissar Schmit Ende 2020 die Initiative ergreifen.

## **Belastungsmoratorium nötig**

Ferner wird das BMAS im Rat die Diskussion um künftige Initiativen zu einer EU-Mindesteinkommenssicherung anregen. Hinzu kommen Pläne für eine EU-Arbeitslosenrückversicherung. Letztere soll aus dem Kurzarbeits-Instrument SURE entwickelt werden. Es bleibt zu befürchten, dass ein solches Instrument die falschen Signale sendet und den Mitgliedstaaten wenig Anreize setzt, um notwendige Reformen im Land voranzutreiben. Auch in der Sozialpolitik muss sich die EU-Kommission auf das von Ursula von der Leyen geplante „One in, one out“-Prinzip besinnen. Neue Belastungen für die Unternehmen sind zumindest durch den Abbau von Belastungen an anderer Stelle auszugleichen.

## **Digitale Kompetenzen wichtiger denn je**

Die Krise hat gezeigt, welche Möglichkeiten für digitales Lernen und Arbeiten bestehen. Wer hierfür bereits gut gerüstet war, hatte einen klaren Vorteil. Wir müssen jetzt in (digitale) Kompetenzen investieren, selbstorganisiertes Lernen und Arbeiten fördern und lebenslanges Lernen zur Norm werden lassen.

Nur so kann die europäische Wirtschaft auf den Fachkräftemangel und die sich wandelnde Arbeitswelt reagieren. Hier müssen die EU-Kompetenzagenda, die Ratsempfehlung zur Zukunft der beruflichen Bildung sowie der Aktionsplan für digitale Bildung ansetzen.

## **Lieferkette – Flickenteppich vermeiden**

Einen weiteren Schwerpunkt wird die deutsche Ratspräsidentschaft auf die Entwicklung eines EU-Aktionsplans für verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln legen. Justizkommissar Reynders hat bereits einen Vorschlag für ein Lieferkettengesetz auf EU-Ebene für 2021 angekündigt. Zusätzliche nationale Lösungen, wie von Deutschland geplant, sehen wir kritisch.

Unterschiedliche nationale Regelungen fördern das gemeinsame Ziel einer globalen Beachtung der Menschenrechte in der Lieferkette nicht. Vielmehr führen sie zu Rechtsunsicherheit. Wir setzen uns dafür ein, dass bestehende Brancheninitiativen von der Politik unterstützt und als eigene Regelungsrahmen für unternehmerische Sorgfalt in Erwägung gezogen werden.

**Autorin:** Elisa Hensel

Alle sechs Monate hat ein anderer Mitgliedstaat den Vorsitz im Ministerrat der EU inne. Der Vorsitz ist dafür verantwortlich, die Sitzungen des Rates zu planen und zu leiten sowie den Rat gegenüber den anderen EU-Organen zu vertreten.

Als Vermittler nimmt er dabei eine neutrale Rolle ein. Je nach Ausgestaltung des Sitzungsprogrammes kann der Vorsitz jedoch Einfluss darauf nehmen, mit welcher Priorität einzelne Themen behandelt werden.

Um langfristige Ziele verfolgen zu können, bilden immer drei aufeinanderfolgende Vorsitze ein Team – die sog. Trio-Ratspräsidentschaft. Deutschland beginnt die nächste Trio-Ratspräsidentschaft, gefolgt von Portugal und Slowenien.

Quelle: Shutterstock 1175352475



## CORONA-WARN-APP

# KLEINER BEITRAG, GROBE WIRKUNG

*Das Prinzip hinter der #CoronaWarnApp ist einfach: Je mehr Leute sie nutzen, desto schneller lassen sich Infektionsketten unterbrechen. Wir sprechen uns ausdrücklich dafür aus, die App zu nutzen.*

### Warum brauchen wir eine Corona-Warn-App?

Die App wird helfen, die Ausbreitung von Covid-19 einzudämmen. Sie dokumentiert die digitale Begegnung zweier Smartphones. So kann die App Sie besonders schnell darüber informieren, falls Sie Kontakt mit einer Corona-positiv getesteten Person hatten. Je schneller Sie diese Information erhalten, desto geringer ist die Gefahr, dass sich viele Menschen anstecken. Deshalb ist die App neben Hygienemaßnahmen wie Händewaschen, Abstandhalten und Alltagsmasken ein wirksames Mittel, um das Coronavirus einzudämmen.

### Was macht die Corona-Warn-App?

Die Corona-Warn-App informiert Sie, wenn Sie sich längere Zeit in der Nähe einer Person aufgehalten haben, bei der später eine Infektion mit dem Coronavirus festgestellt wurde. So können Sie rasch entsprechend reagieren und laufen nicht Gefahr, das Virus unbewusst weiter zu verbreiten. Der bislang noch manuelle Prozess der Nachverfolgung von Infektionen wird durch diese digitale Hilfe stark beschleunigt. Gerade wenn sich jetzt wieder mehr Menschen treffen, ist das wichtig, um das Virus einzudämmen. Die App läuft auf Ihrem Smartphone, während Sie Ihrem Alltag nachgehen. Sie erkennt dabei andere Smartphones in der Nähe, auf denen die App ebenfalls aktiviert ist. Die App speichert dann deren zufällige Bluetooth-IDs (Zufallscodes) für begrenzte Zeit.

### Wie funktioniert die Corona-Warn-App?

Die Corona-Warn-App nutzt die Bluetooth-Technik, um den Abstand und die Begegnungsdauer zwischen Personen zu messen, die die App installiert haben. Die Smartphones „merken“ sich Begegnungen, wenn die vom RKI festgelegten Kriterien zu Abstand und Zeit erfüllt sind. Dann tauschen die Geräte untereinander Zufallscodes aus. Werden Personen, die die App nutzen, positiv auf das Coronavirus getestet, können sie freiwillig andere Nutzer darüber informieren.

Dann werden die Zufallscodes des Infizierten allen Personen zur Verfügung gestellt, die die Corona-Warn-App nutzen. Wenn Sie die App installiert haben, prüft diese für Sie, ob Sie die Corona-positiv getestete Person getroffen haben. Diese Prüfung findet nur auf Ihrem Smartphone statt. Falls die Prüfung positiv ist, zeigt Ihnen die App eine Warnung an. Zu keinem Zeitpunkt erlaubt dieses Verfahren Rückschlüsse auf Sie oder Ihren Standort.

 **DOWNLOAD**

Die App ist ein Angebot der Bundesregierung. Sie ist kostenlos im App Store und bei Google Play zum Download erhältlich.

[www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de)

## Bin ich verpflichtet, die Corona-Warn-App zu installieren?

Nein. Sie entscheiden selbst, ob Sie die App nutzen wollen. Die Nutzung der Corona-Warn-App ist freiwillig und dient Ihrem persönlichen Schutz sowie dem Schutz Ihrer Mitbürger\*innen. Ziel der Corona-Warn-App ist es, Corona-Infektionsketten schnell zu erkennen und zu unterbrechen. Alle Nutzer sollen zuverlässig und zeitnah über Begegnungen mit Corona-positiv getesteten Personen, die die App nutzen, und damit über eine mögliche Übertragung des Virus informiert werden. So können Sie sich rasch freiwillig isolieren und testen lassen und zu einer Eindämmung der Corona-Pandemie beitragen. Sie können die App jederzeit löschen. Damit werden auch alle von der App gespeicherten Informationen gelöscht.

## Warum sollte ich die Corona-Warn-App nutzen?

Sie tragen damit aktiv zur Eindämmung der Pandemie bei. Je schneller Corona-positiv getestete Personen und ihre Kontaktpersonen informiert werden, desto weniger kann sich das Virus verbreiten. Die App hilft Ihnen also, sich selbst, Ihre Familie, Ihre Freunde und Ihr gesamtes Umfeld zu schützen. Ohne diese technische Hilfe müssten die Mitbürger\*innen der Gesundheitsämter jeden Fall persönlich verfolgen. Das ist sehr zeitintensiv und oft ist es gar nicht möglich, alle Kontaktpersonen zu finden.

## Wird mein Lohn fortgezahlt, wenn ich wegen einer Warnung durch die App zu Hause bleibe?

Die alleinige Warnung durch die App ist hierfür nicht ausreichend, sondern dient als Hinweis, um Kontakt zum Gesundheitswesen aufzunehmen. Wenn Mitarbeiter\*innen durch die App gewarnt werden, sollten sie ärztliches Fachpersonal kontaktieren und das weitere Vorgehen abklären. Wenn sie positiv auf Corona getestet werden, können sie eine Krankschreibung erhalten und haben Anspruch auf Lohnfortzahlung. Ordnet das Gesundheitsamt eine Quarantäne an, zahlt der Arbeitgeber das Gehalt weiter und wird dafür wiederum vom Gesundheitsamt entschädigt.

## Reicht die Warnung „Erhöhtes Risiko“ der Corona-Warn-App als Krankschreibung oder als Anordnung der Quarantäne?

Der Hinweis „Erhöhtes Risiko“ der Corona-Warn-App informiert allein darüber, dass aufgrund der Nähe und der Dauer einer Begegnung mit einer Person, die über die App ein positives Testergebnis gemeldet hat, ein erhöhtes Infektionsrisiko besteht und empfiehlt die telefonische Kontaktaufnahme mit dem Hausarzt, dem ärztlichen Bereitschaftsdienst 116 117 oder dem Gesundheitsamt. Die Entscheidung über eine Krankschreibung oder die Anordnung einer Quarantäne trifft der behandelnde Arzt bzw. das zuständige Gesundheitsamt nach einer entsprechenden eigenen Einschätzung.



**DIE CORONA-WARN-APP:  
HILFT INFEKTIONS-  
KETTEN ZU  
UNTERBRECHEN.**

Jetzt die Corona-Warn-App herunterladen  
und Corona gemeinsam bekämpfen.



## STANDPUNKT

BAVC-Präsident Kai Beckmann



*„Die Corona-App der Bundesregierung kommt spät, aber sie kommt! Sie kann einen wichtigen Beitrag leisten, um die Pandemie unter Kontrolle zu halten. Ich spreche mich daher ausdrücklich dafür aus, die App zu nutzen. Wir müssen Infektionsketten schnell unterbrechen können.“*

Quelle: Bundesregierung

Autor: Markus Hesse



TROTZ CORONA-KRISE

## WIR STEHEN ZUR DUALEN AUSBILDUNG

*Die Corona-Pandemie sorgt derzeit für große Verunsicherung auf dem Ausbildungsmarkt. Deshalb setzen die Chemie-Arbeitgeber in der Krise ein positives Zeichen und bekräftigen ihr Engagement mit der Erklärung „Wir stehen zur dualen Ausbildung – auch in der Krise!“. Nachfolgend finden Sie die Erklärung im Wortlaut.*

### Erklärung der Chemie-Arbeitgeber

„Die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft stellen auch die chemisch-pharmazeutische Industrie in Deutschland vor bisher ungekannte Herausforderungen. Zukunftsperspektiven sind wichtiger denn je. Deshalb setzen sich die Chemie-Arbeitgeber dafür ein,

- ☉ dass die Betriebe ihr Engagement bei der Fachkräftesicherung trotz wirtschaftlicher Unsicherheit fortsetzen können und Schülerinnen und Schüler die bestmöglichen Ausbildungschancen erhalten;
- ☉ Übernahmeperspektiven nach der Ausbildung zu eröffnen, wo dies möglich ist. Dabei gilt weiterhin der Grundsatz „Ausbildung geht vor Übernahme“;
- ☉ dass die Erklärung der Allianz für Aus- und Weiterbildung vom 26. Mai 2020 mit Leben gefüllt wird. Die Berufsschulen müssen angemessen an den zusätzlich im Digitalpakt bereitgestellten 500 Millionen Euro beteiligt werden, denn die Beschaffung von Endgeräten für Schülerinnen und Schüler sowie die Erstellung von digitalem Content an den Schulen ist auch für Berufsschulen essenziell;
- ☉ das „Digitalisierungsmomentum“ zu nutzen, selbstorganisiertes Lernen und Arbeiten weiter zu fördern sowie Formate virtueller Zusammenarbeit im Ausbildungsprozess sinnvoll und bedarfsgerecht einzusetzen;
- ☉ die Ausprägung digitaler Kompetenzen in der Ausbildung weiter zu stärken. Nach dem Beruf „Chemikant\*in“ sind ab August 2020 auch in den Berufen „Chemie-, Biologie- und Lacklaborant\*in“ neue digitale Wahlqualifikationen verfügbar;
- ☉ brancheneigene „Start in den Beruf-Programme“ über den Unterstützungsverein der chemischen Industrie (UCI) zu fördern, um Jugendlichen mit fehlender Ausbildungsreife bessere Einstiegschancen in Ausbildung zu eröffnen;
- ☉ die Berufsorientierung von Schüler\*innen durch interaktive, digitale Informationsangebote zu fördern, wie dem „Ausbildungsfinder“ oder dem „360°-Ausbildungsquiz“ unserer Ausbildungskampagne „Elementare Vielfalt (EIVI)“.

 KONTAKT



**CHRISTOPHER KNIELING**

Programmleiter Nachwuchsmarketing  
Bildung und Innovation

[christopher.knieling@bavc.de](mailto:christopher.knieling@bavc.de)

Darüber hinaus begrüßen wir die Zielsetzung der Allianz für Aus- und Weiterbildung, die Entwicklung auf dem Ausbildungsmarkt differenziert zu monitorieren, um im Bedarfsfall zielgenaue und bedarfsgerechte Unterstützungsmaßnahmen anbieten zu können. Insgesamt muss die Corona-Krise für uns ein Weckruf sein, die längst überfällige Digitalisierung des Bildungssektors mit Entschlossenheit voranzutreiben und mit geeigneten pädagogischen Konzepten zu unterlegen.

Denn eine moderne Bildungsinfrastruktur, die mit der entsprechenden Qualifizierung der Lehrkräfte einhergehen muss, ist ein wichtiger Baustein, damit Deutschland für die Chemie-Unternehmen ein attraktiver Investitionsstandort bleibt. Nur mit klugen Köpfen wird es uns gelingen, die großen Herausforderungen nach der Corona-Pandemie zu meistern: digitale und ökologische Transformation, Mobilitätswende, demografischer und gesellschaftlicher Wertewandel. Deshalb machen wir uns auch in schwierigen Zeiten für die Sicherung der Fachkräftebasis stark. Wir verbinden unser Engagement mit einem Appell an die Politik, für gute und planbare Rahmenbedingungen zu sorgen, denn ohne eine starke chemisch-pharmazeutische Industrie werden wir die Folgen der derzeitigen Krise nicht bewältigen können.“

## BAVC-Position zur Ausbildungsprämie

Im Konjunkturpaket der Bundesregierung wurde ein Förderprogramm zur Sicherung von Ausbildungsplätzen vereinbart. Die Chemie-Arbeitgeber sind der Auffassung, dass sich staatliche Unterstützungsmaßnahmen unabhängig von der Betriebsgröße an die Ausbildungsbetriebe richten sollten, die von der Krise stark betroffen sind, aber dennoch ihre Ausbildungszahlen stabil halten. Gleiches gilt für Unternehmen, die überdurchschnittliches Ausbildungsengagement in der Krise zeigen und verloren gegangene Plätze an anderer Stelle auffangen. „Nur so können wir eine spürbare Wirkung am Ausbildungsmarkt erzielen“, sagte BAVC-Präsident Kai Beckmann dem Handelsblatt.

## Über die Ausbildung in der Chemie-Branche

Unsere Ausbildungsbetriebe bieten jährlich über 9.000 Ausbildungsplätze in über 50 verschiedenen Berufen an. Die Übernahmequote lag im Durchschnitt der letzten Jahre bei rund 90 Prozent. Als eine der ersten Branchen in Deutschland hat die chemisch-pharmazeutische Industrie im August 2018 eine Wahlqualifikation „Digitalisierung und vernetzte Produktion“ für den Ausbildungsberuf „Chemikant\*in“ eingeführt. Seitdem haben bereits über 1.000 Chemikant\*innen von dieser Wahlqualifikation profitiert.

**Autor:** Christopher Knieling

### Ausbildung in der Chemie - eine gute Entscheidung

Was alles für eine Ausbildung in der Branche spricht



Quelle: BAVC  
\*Durchschnitt über alle Lehrjahre und Tarifbezirke

**BAVC** DIE CHEMIE ARBEITGEBER



Mehr Informationen zur Ausbildung in der Chemie-Branche finden Sie bei „ELVi“, der Ausbildungskampagne der Chemie-Arbeitgeberverbände:

[www.elementare-vielfalt.de](http://www.elementare-vielfalt.de)



Quelle: Shutterstock, 599147537

## STUDIE ZUR DIGITALISIERUNGSDEBATTE SMARTE INTERESSENVERTRETUNG

Manche fangen an zu gähnen, wenn sie über Begriffe wie Kooperation, Partizipation oder Sozialpartnerschaft stolpern – klingt nach Konsensgedudel und reden ohne zu handeln. Dabei hängt der Erfolg von Veränderungsprozessen wesentlich davon ab, ob ein „Wir“ den Wandel stemmt!

### Chancendiskurs mit thematischer Schlagseite: Bildung

Genau deshalb ist die Studie „Der Digitalisierungsdiskurs in Deutschland – Akteure, Frames und Netzwerke“, die die Uni Tübingen im Auftrag der Stiftung Arbeit und Umwelt der IG BCE erstellt hat, so relevant: Per „Framing“-Analyse wird untersucht, wie 35 politische Akteure (von den Spitzenverbänden der Wirtschaft BDI und BDA über DGB, politische Parteien und Bundesministerien bis zu Branchen-Sozialpartnern wie BAVC und IG BCE) die digitale Transformation wahrnehmen und welche Lösungsvorschläge sie dafür parat haben.

Das Ergebnis: Der Digitalisierungsdiskurs in Deutschland wird überwiegend als Chancendebatte geführt. Und: Top-Gestaltungsthemen in den Augen der untersuchten Organisationen sind Bildung und Kompetenzen der Zukunft, Kooperation, aber auch Regulierung und Infrastruktur.

### Erfolgsfaktor Sozialpartnerschaft

Laut Studie lassen sich zwei Akteursgruppen mit klar unterscheidbaren Aussageprofilen identifizieren: Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände (im Verbund mit FDP und BMWi) auf der einen Seite, Gewerkschaften (plus SPD, Grüne und BMAS) auf der anderen Seite. Die Chemie-Branche tanzt hier etwas aus der Reihe: Während in der Debatte um Arbeiten 4.0 & Co. nämlich oft traditionelle Konfliktlinien verstärkt werden (laut Studie vor allem in der Metall- und Elektroindustrie), gibt es ein hohes Maß an Übereinstimmung zwischen den Chemie-Sozialpartnern – eine gute Voraussetzung für die gemeinsame Gestaltung des Wandels.

Und der BAVC? Ein Arbeitgeberverband, der auf hergebrachte und weiterhin hochaktuelle Themen wie Flexibilisierung setzt, sich jedoch insgesamt durch ein „relativ komplexes Framing“ auszeichnet: Im Unterschied zu anderen Verbänden betonen die Chemie-Arbeitgeber nämlich auch die Bedeutung von Kooperation, Sozialpartnerschaft, Beteiligung sowie Aus- und Weiterbildung. Argumentationsstark und dialogorientiert – wenn das mal keine smarte Interessenvertretung ist!

**Autor:** Andreas Ogrinz

### FRAMING

Der Framing-Ansatz geht davon aus, dass Sprache politische Realität erzeugt. Im Mittelpunkt steht die Analyse von Frames („Rahmen“), also von Deutungsrastern, in die bestimmte Themen eingebettet werden. Quellen sind Positionspapiere, Pressemitteilungen und Fachbeiträge.

Die Studie finden Sie hier:

[www.arbeit-umwelt.de](http://www.arbeit-umwelt.de)